

Passende Debatte, klare Worte, nachdenkliche Lehrerin

Kulturschaffende aus dem Landkreis besuchen Berlin / Schulze-Delitzsch-Sänger stimmen Sachsenlied im Kanzleramt an

Berlin/Delitzsch. Im Parlament des Landes eine Debatte zu ihren dringenden Fragen erleben zu können, war ein Glücksfall für Kulturschaffende aus dem Landkreis Nordsachsen. Manfred Kolbe, Bundestagsabgeordneter der CDU, hatte freischaffende und in Vereinen tätige Künstler zu einer zweitägigen Informationsreise in die Bundeshauptstadt Berlin eingeladen. Mit dabei auch zwei Unternehmer, die kulturelle Aktivitäten in der Region unterstützen. Sie alle erlebten Gesprächsrunden mit dem Bundestagsabgeordneten, ein Treffen mit dem Staatsminister für Kultur, Bernd Neumann (CDU), im Kanzleramt samt Mini-Konzert von Sängern des Schulze-Delitzsch-Männerchores und vieles mehr.

Besonders spannend waren die 45 Minuten Bundestagsdebatte, denn – welcher glücklicher Zufall – da ging es um den Antrag, Kultur als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Die Nordsachsen wurden Zeugen eines offenen Schlagabtausches, der FDP (Für) zugunsten eines zusätzlichen Artikels 20b mit der klaren Formulierung „Der Staat schützt und fördert die Kultur“ und der stärksten Bundestagsfraktion, der CDU (Wider). Deren Kernbegründung lautete, man könne nicht für jedes Recht das



Schulze-Delitzsch-Männerchor-Sänger testen die Akustik im Kanzleramt, singen kurz entschlossen das Sachsenlied. Der Gesang von Martin Winkler, Lothar Hartmann, Heinz Bieniek, Andreas Niepel und Jürgen Stamm (von links) gefiel nicht nur den mitgereisten Nordsachsen, sondern auch Mitarbeitern des Hauses.

Foto: Edith Dorothea Klisa

Grundgesetz ändern, schließlich sei dieses Anliegen bereits in dem im Grundgesetz verankerten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen enthalten. Wogegen aus den Reihen der Partei Die Linke mit dem Hinweis auf Verfassungen anderer europäischer Länder widersprochen

wurde. Beim Staatsziel Kultur gehe es um eine Werte-Entscheidung, um den Schutz der geistigen Lebensgrundlagen. Leider war ausgerechnet an dieser spannenden Stelle die Zeit der Gäste auf der Besucher-Tribüne abgelaufen. Sie mussten später zur Kenntnis nehmen, dass

Kultur als Staatsziel vorerst keinen Eingang ins Grundgesetz finden wird. Kolbes Stimme hätte aber für die Änderung gegolten, wäre er nicht der Fraktionsdisziplin verpflichtet gewesen. In der nächsten Legislaturperiode des Bundestages werde diese, das Parlament seit

Anfang der 90er-Jahre beschäftigende Frage erneut auf die Tagesordnung gesetzt. „Das brächte uns zwar kein Geld, aber doch einen höheren Stellenwert“, konstatierte der Hohenossiger Künstlerhaus-Chef Reinhard Röbber. „Förderung von Kultur müsste Pflichtaufgabe sein.“

Nachwuchsprobleme für Chöre, die Absicht, die musische Ausbildung von Grundschullehrern zu beschneiden; Förderung von Vereinsarbeit, die zu 80 Prozent schon jetzt ehrenamtlich geleistet wird; Afghanistan-Einsatz, zu dem „wir uns eine Ausstiegsstrategie einfallen lassen müssen“, wie Kolbe sagte; Finanzkrise – Fragen gab es viele.

Dem Eilenburger Museumschef Andreas Flegel hatten es die Gesprächsrunden und die offenen Worte Kolbes ange-tan, den Delitzscher Autohauschef Gün-ter Haselbach, der Kultur-Arbeit spon-sert, beeindruckte „die Funktionalität und Einfachheit“ des Kanzleramts. Bemerkenswert die Ansicht einer Lehrerin nach der Visite im Reichstag: „Auch Klassen kommen auf die Besuchertribüne und die Schüler sehen, wie undiszi-pliniert Parlamentarier die Debatte ver-folgen.“ Das halte sie für sehr bedenk-lich. Edith Dorothea Klisa ▶ Seite 18